Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis VII

Einleitung 1

1. Teil: Gewerkschaftliche Einwirkung auf die Betriebsratswahl und die Wahlschutznorm des § 20 Abs. 2 BetrVG 4

A. Die Betriebsratswahlen 5

I. Ablauf der Betriebsratswahl 6

II. Gesetzlich ermöglichte Einflussnahme der Gewerkschaften auf die Betriebsratswahl 9

1. Wahlvorschlagsrecht der Gewerkschaften gemäß § 14 Abs. 3 BetrVG 10

2. Zusammenstellen der Wahlvorschlagslisten 12

B. Gewerkschaftsausschluss und die Wahlschutznorm des § 20 BetrVG 13

I. Verbot der Wahlbehinderung gemäß § 20 Abs. 1 BetrVG 14

II. Verbot der Wahlbeeinflussung gemäß § 20 Abs. 2 BetrVG 15

III. Interpretation des § 20 Abs. 2 BetrVG zugunsten eines gewerkschaftlichen Ausschlussrechts 19

1. Einschränkende Auslegung des § 20 Abs. 2 BetrVG 21

2. Unanwendbarkeit von § 20 Abs. 2 BetrVG 27

3. Rechtswidrigkeit der Wahlbeeinflussung gemäß § 20 Abs. 2 BetrVG 30

2. Teil: Ausschlussrecht der Gewerkschaften 32

A. Ausschlussrecht der Gewerkschaften aufgrund ihrer Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3 GG 32

I. Ausschluss aus der Gewerkschaft als verbandsautonome Regelung gemäß Art. 9 Abs. 3 GG 32

II. Einschränkung des autonomen Aufnahme- und Ausschlussrechts 36

1. Der Gleichbehandlungsgrundsatz als Schranke der gewerkschaftlichen Satzungsautonomie 38
2. Einschränkung der Ausschlusspraxis 42
a. Aufnahmezwang der Verbände 43
b. Gerichtliche Kontrolle der Gewerkschaftsausschlüsse 45
aa. Historische Entwicklung in der Rechtsprechung 45
bb. Beurteilung in der Literatur 49
3. Ergebnis: Ausschluss aus sachlichem Grund 55
B. Verbandsrechtliche Treuepflicht und das Recht zur Opposition 55
I. Verletzung verbandsrechtlicher Treuepflicht im Innenverhältnis 59
1. Pflicht des einzelnen Gewerkschaftsmitglieds zur Geschlossenheit 63
a. Mitgliederpflichten 64
aa. Satzungsrechtliche Verpflichtung der Mitglieder 65
bb. Pflicht zur Geschlossenheit als Schutz der Gewerkschaftsinteressen 68
(1) Bestandsgefährdung der Gewerkschaft 68
(2) Gefährdung der gewerkschaftlichen Betätigung im Betrieb 71
b. Pflicht zur Geschlossenheit aus Art. 9 Abs. 3 GG 74
c. Zwischenergebnis 76
2. Demokratische Organisation – Recht zur Opposition 77
a. Demokratischer Aufbau als Organisationsprinzip der Gewerkschaften 78
b. Recht zur Opposition innerhalb einer Gewerkschaft 80
3. Fazit – Stellungnahme 84
II. Verletzung verbandsrechtlicher Treuepflichten im Außenverhältnis 86
1. Demokratisches innerverbandliches Vorwahlverfahren 89
a. Verbandsinterne Kandidatenaufstellung 89
b. Demokratisches Vorwahlverfahren als Einschränkung der Gewerkschaftsautonomie 93

c. Prinzip der Einheitsgewerkschaft als Minderheitenschutz 98
d. Zwischenergebnis 104
2. Fremdkandidatur als Betätigung des Gewerkschaftsmitglieds im koalitionsfreien Bereich 105
a. Die individuelle Koalitionsfreiheit als Grenze der Verbandsmacht 106
aa. Koalition als Individualschutz 107
bb. Schutz des Einzelnen vor dem Kollektiv 112
cc. Individualschutz am Beispiel des Günstigkeitsprinzips 117
dd. Zwischenergebnis 119
b. Die Stellung der Gewerkschaften in der Betriebsverfassung 121
aa. Dualismus der arbeitnehmerrechtlichen Interessenvertretung 122
bb. Gewerkschaftsrechte in der Betriebsverfassung 129
(1) Gewerkschaftliche Betätigungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz 130
(a) Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Gewerkschaften gemäß § 2 Abs. 1 BetrVG 130
(b) Gesetzlich geregelte Mitwirkungsrechte der Gewerkschaften 132
(2) Verfassungsrechtliche Gewährleistung von Gewerkschaftsrechten in der Betriebsverfassung durch Art. 9 Abs. 3 GG 133
(3) Das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Gewerkschaften in der Praxis 136
cc. Betriebsrat als gewerkschaftsabhängiges Organ der Betriebsverfassung 139
(1) Gewerkschaftliche Wahleinwirkung als Koalitionsaufgabe gemäß Art. 9 Abs. 3 GG 144
(2) Gewerkschaftsausschluss als verbandsbezogene Maßnahme 149
(3) Historisches Argument 155
(4) Zwischenergebnis 156

dd) Gewerkschaftsunabhängigkeit des Betriebsrates 157
(1) Betriebsbezogene Aufgabenwahrnehmung gemäß § 2 Abs. 1 BetrVG 161
(2) Schutz der negativen Koalitionsfreiheit durch das Neutralitätsgebot des § 75 Abs. 1 BetrVG 167
e) Ergebnis 172
C. Zusammenfassung 174
D. Stellungnahme 176
Schlussbemerkung 182
Literaturverzeichnis 185